R 22053 E

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH

Zentralorgan des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD

EXTRABLATT

29. August 1976

zu den Bundestagswahlen 1976

Der Arbeiterklasse fehlt die Führung.

Damit das arbeitende Volk wieder eine Wahl hat: für den Wiederauf-bau der KPD

Mit dem Stimmzettel gegen die Konzerne?

Macht und Mehrheit

Wird der neue Bundestag die Interessen der arbeitenden Bevölkerung besser vertreten als bisher? Viele meinen, wenn die SPD wieder an die Regierung kommt, wird es doch noch aufwärtsgehen. Zu diesem Thema wollen wir jemanden zu Wort kommen lassen, der jahrzehntelang Erfahrungen mit der SPD gesammelt hat: Otto Buchwitz, der jahrzehntelang als kämpferischer sozialdemokratischer Arbeiter und aktiver Funktionär für die Arbeiterbewegung gewirkt hatte, ein Vorkämpfer für die Vereinigung der SPD und KPD zur SED. In diesem Extrablatt sind Auszüge aus seinem Buch " BRÜDER IN EINS NUN DIE HÄNDE" ab; gedruckt, wo er zu Demokratie und Parlament in kapitalistischen Ländern Stellung nimmt.

Lesen Sie weiter auf Seite 2.

Lesen Sie Seite 3

Erklärung

des Zentralkomitees des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD zu den Bundestagswahlen 1976

Preisfrage:

Wie unterscheiden sich
"Soziale Demokratie"(CDU) und
"Demokratischer Sozialismus"(SPD)
????????????????????????????

Hier einige Beispiele aus den verschiedenen Legislaturperioden mit den unterschiedlichsten Regierungsbildungen:

1949-1954: CDU/CSU
FOLGEN DES MARSHALL—PLANES:
Weit über eine Million Arbeitslose, Arbeitstage von 10-11 Stunden und Hungerlöhne sind das Los der Arbeiter. Der Marshall-Plan blutet die westdeutsche Bevölkerung zugunsten der US-Imperialisten aus.

1952: CDU/CSU
BETRIEBSVERFASSUNGSGESETZ:
Verbietet jegliche parteipolitische Betätigung im Betrieb. Gesetzliche Bindung des Betriebsrates an Unternehmerinteressen. Schweigepflicht, Friedenspflicht, "Vertrauensvolle Zusammenarbeit" Einschränkung des Streikrechts u.v.a.

1956: CDU/CSU
KPD—VERBOT:
Zahlreiche demokratische Organisationen werden verboten. Die Organisationsfreiheit wird drastisch eingeschränkt. Die Verbreitung kommunistischer Ideen wird strafrechtlich verfolgt.

1957: CDU/CSU
FOLGEN DER WIEDERAUFRUSTUNG:
Die erkämpften Lohnerhöhungen werden durch die raschen Preissteigerungen rückgängig gemacht. Die Arbeiter sind gezwungen, für Teuerungszulagen zu kämpfen.

1958/59: CDU/CSU
KOHLENKRISE:
Zechenstillegungen, Feierschichten und Massenentlassungen verschlechtern drastisch das Los der Ruhrkumpel.

1965: CDU/CSU
AUSLÄNDERGESETZE:
"Unerwünschte Ausländer" können jederzeit aus der Bundesrepublik abgeschoben werden, wenn sie durch Anprangern des faschistischen Terrors in ihren Heimatländern die guten Geschäfte der deutschen Konzerne gefährden. Disziplinierung von "Gastarbeitern".

1966/67: SPD/CDU/CSU
KONZERTIERTE AKTION:
Vertreter des Staates, der Industrie und der Gewerkschaften vereinbaren einen Lohnstopp, der die Arbeiterklasse besonders schwer trifft, weil sie mit der größten Arbeitslosigkeit seit Jahren fertigwerden mußte.

1968: SPD/CDU/CSU
NOTSTANDSGESETZE:
Diese Gesetze ermöglichen den Einsatz der Bundeswehr gegen streikende Arbeiter und legalisieren die Bespitzelung fortschrittlicher Menschen durch den Verfassungsschutz. Sie sind Handhabe des Staates, die demokratischen Rechte völlig außer Kraft zu setzen.

1972: SPD/FDP
VERSCHÄRFUNG DER BERUFSVERBOTE:
Jeder, der den bestehenden Verhältnissen kritisch gegenübersteht, soll eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Eine Neuauflage von Bismarcks Sozialistengesetzen und dem "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" der Nazis.

1973: SPD/FDP
INFLATION:
Die erkämpften Lohnerhöhungen werden durch die raschen Preissteigerungen rückgängig gemacht. Die Arbeiter sind gezwungen, für Teuerungszulagen zu kämpfen.

1974/75: SPD/FDP
ÜBER 1 MILLION ARBEITSLOSE;
Die Folgen der Krise werden voll auf die arbeitenden Menschen abgewälzt: Drastische Verschlechterung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, Erhöhung der Versicherungsbeiträge, und dabei wird die Arbeitslosigkeit zu einer ständigen Erscheinung in Westdeutschland. Tausende Jugendliche können keinen Beruf mehr lernen, tausende Erwachsene können ihren Beruf nicht mehr ausüben.

1975: SPD/FDP
MAULKORBPARAGRAPH:
Die Befürwortung von Gewalt wird unter Strafe gestellt. Was Gewalt ist, bestimmt der Staat. Der Widerstand gegen die Staatsgewalt soll damit getroffen werden. Die Anwendung erfolgt nicht gegen Franz J. Strauß oder gegen hetzerische Kriegsfilme, sondern gegen Linke.

Auflösung

Genauso wie Backpfeife und Ohrfeige: Beides zieht; aber nicht lange. Auf den Schmerz folgt die Wut.
!!

Demokratie und Parlament

Fortsetzung von Seite 1 **(Otto Buchwitz, Auszüge aus "BRÜDER, IN EINS NUN DIE HÄNDE")**

Bereits im Reichstag der Weimarer Republik stellte die SPD-Fraktion die verschiedensten Versuche an, den Parlamentarismus neu zu beleben, ihm neue Formen zu geben. In den bürgerlichen Demokratien ist das Parlament bis heute eine für das Volk sehr kostspielige Schwatzbude geblieben. Die rechten Führer der SPD täuschen den Arbeitern vor, daß die Gleichheit vor dem Stimmzettel der einzige Ausdruck wahrhafter politischer Demokratie sei. Das aus solchen Wahlen hervorgehende Parlament würde das Wundermittel sein, durch das der Sozialismus verwirklicht werden könne, wenn man nur 51 Prozent dieser Stimmzettel erhalte. Ein Teil der Führer der Arbeiterklasse Westdeutschlands täuscht bewußt die Arbeiter, ein anderer Teil ist selbst so verstrickt im bürgerlichen Denken, daß er sich nur noch einen Staat vorstellen kann, in dem es Ausgebeutete und Ausbeuter gibt und letztere den Staat beherrschen. Diese "Führer" können sich keinen anderen Staat und keine andere Staatsform vorstellen.

Die Wahrheit ist aber, daß die wenigen zehntausend Wähler, in deren Händen sich die wirtschaftliche Macht befindet : Grund und Boden, Bergwerke und Hütten, Großbetriebe aller Art, Milliarden Bankkapitals, ihre wirtschaftliche Macht in jedem kapitalistischen Staat in politische Macht ummünzen und gegen die Arbeiter anwenden. Hunderte Beispiele ließen sich dafür anführen, daß in kapitalistischen Staaten — besonders aber in Deutschland, sowohl in der Weimarer Republik als auch heute in der Bundesrepublik — die große Linie der Politik nicht vom Parlament bestimmt wird, sondern von den wenigen, welche die wirtschaftliche Macht besitzen. Die westliche, parlamentarische Demokratie existiert bei Vorhandensein von Gegensätzen zwischen den Klassen, bei ewigen Konflikten zwischen ihnen, bei Streiks und Aussperrungen. Der Arbeiter gerät oft in Konflikt mit dem bürgerlichen Staat, der gegen ihn und seine Sache Stellung nimmt, der bei Streiks Polizei, Justiz und alle Staatsorgane einsetzt.

Es zeigt sich, daß jene Zehntausend, welche die großen Produktionsmittel besitzen und gegen die er um ein größeres Stück Brot kämpft, eben doch den Staat beherrschen.

Mehrere Wochen Streik ergeben einige Mark mehr Lohn . Da aber die wenigen Wähler um Krupp, Abs, Pferdmenges usw. außer ihrem Stimmzettel die wirtschaftliche Macht besitzen und damit auch die Gesetzgebung bestimmen, wird sehr bald durch entsprechende Gesetze den Konsumenten das Mehr an höheren Löhnen durch höhere Mieten, Gas- und Strompreise, Erhöhung der Verkehrstarife und Steigerung der Preise für Lebensmittel entzogen.

Es gibt einige Beispiele im internationalen Geschehen, die beweisen, daß man mit 51 Prozent der Stimmzettel und dementsprechender Mehrheit im Parlament keineswegs den Sozialismus verwirklichen kann. In Schweden sitzen die Sozialdemokraten seit über zwanzig Jahren an der Regierung. Sie haben es bis zum heutigen Tag noch nicht gewagt, ihre Grund- und Schwerindustrie zu vergesellschaften.

Wohl aber klagte die sozialdemokratische Presse Schwedens oft darüber, daß im schwedischen Generalstab und in höheren Offizierskreisen faschistische Neigungen stark vorhanden wären.

Zum anderen ist bekannt, daß die englische Labour Party, als sie 1945 infolge des Wahlergebnisses zur Regierung kam, gegen reichliche Entschädigung an die Privatbesitzer, Bergwerke und einen Teil der Schwerindustrie verstaatlichte. Der alte Churchill als Führer der Opposition knurrte damals: "Wenn wir wieder die Mehrheit haben werden, machen wir das wieder rückgängig". Die verstaatlichten Betriebe waren in ihrer Ausrüstung völlig veraltet. Die englische Labourregierung ließ sich ihren "Sozialismus" etwas kosten; mittels einiger Milliarden aus Steuermitteln entstanden moderne Betriebe. Die Mannen der II.Internationale feierten ihren "Sozialismus", erkämpft mit Stimmzettel und Wahlurne, in allen kapitalistischen Ländern. Da begab es sich eines Tages, daß bei einer Wahl zum Unterhaus die Konservativen die Mehrheit erhielten; nach bürgerlich-demokratischem Recht übergaben die Labourleute die Regierung an die Konservativen. Nun war Churchill mit den berühmten 51 Prozent der Stimmen wieder Ministerpräsident und reprivatisierte die Betriebe, die die Labourregierung den Privatbesitzern abgekauft hatte und aus allgemeinen Steuermitteln hatte modernisieren lassen.

Die Erklärung für eine derartige Politik ist ganz einfach: Nicht eine sozialdemokratische Regierung mit einigen Staatsekretären, Ministerialdirektoren und einigen Länderministern und Polizeipräsidenten entscheidet über die Gestaltung von Staat und Gesellschaft, sondern die Leute vom Schlage eines Krupp, Abs, Pferdmenges, Röchling, Flick, Berg und Reusch, weil die wirtschaftliche Macht in ihren Händen liegt und damit die Staatsmacht.

Nicht durch das Wahlkreuz kann man etwas ändern, sondern durch den Kampf gegen die Monopolherren.

Vietnam

So wird dort gewählt

Der folgende Ausschnitt aus einem Artikel in der Zeitschrift "Vietnam – Kultur und Befreiungskampf" über die Wahlen zur Nationalversammlung in Vietnam zeigt sehr deutlich den Unterschied zu den Wahlen eines bürgerlichen Parlaments wie bei uns. Die Delegierten als wirkliche Vertreter der Volksmassen, anstatt Bundestagsabgeordnete , die nur "ihrem Gewissen" und dem Geldbeutel ihrer Hintermänner verantwortlich sind.

Den Kandidaten war untersagt worden, Wahlpropaganda aus eigenen Mitteln und für die eigene Person zu betreiben. Dazu erklärte der Rechtsanwalt Tran Ngoc Lien, es sei allgemein bekannt, daß in der Vergangenheit der Wahlkampf fast ausschließlich Angelegenheit des Kandidaten gewesen sei. Dieser hatte eine Kautionssumme zu hinterlegen, was bedeutete, daß man Geld haben mußte, um sich einer Wahl zu stellen. Auch der Wahlkampf mußte früher aus der eigenen Tasche finanziert werden.

"Hier haben wir eine der ersten und wichtigsten Hürden für tugendhafte Menschen, von denen man in Vietnam traditionsgemäß erwartet, daß sie arm und ohne Einfluß sind. Natürlich konnten sie nicht mit den vermögenden und einflußreichen Personen mithalten, die sich allein dank ihres Geldes und mit ausländischer Unterstützung hohe Ämter sichern konnten. Das Recht, einen eigenen Wahlkampf zu führen, bietet den Kandidaten nur Gelegenheit, die eigenen Werbetrommel zu rühren und leere Versprechungen zu machen, während er in Wirklichkeit nur an seine eigenen oder die Interessen seiner Hintermänner denkt. Das Recht, einen eigenen Wahlkampf zu führen, würde die Wähler nur ernstlich in die Irre führen."

Stattdessen fanden in den kleineren Bevölkerungseinheiten, in den Fabriken, Dörfern und Wohngebieten Versammlungen statt, während derer die Wahlausschüsse jene Kandidaten vorschlugen, auf die man sich nach eingehender Beratung geeinigt hatte. Hier, im direkten Kontakt mit der Bevölkerung hatten die Kandidaten nun Gelegenheit, ihre Vorstellungen und Ziele darzulegen.

In diesen Volksversammlungen konnten die Wahlberechtigten die Kandidaten ablehnen und andere Kandidaten zur Nominierung vorschlagen.

Für das Nominierungsverfahren waren von den Wahlausschüssen in der Regel nnr die Männer und Frauen vorgeschlagen worden, die in dem jeweiligen Wahlbezirk beheimatet sind, die also mit den Wählern schon lange gelebt und gearbeitet haben. Aufgrund dieser persönlichen Bekanntschaft war es dem Kandidaten kaum möglich – anders als wir es von den Wahlversammlungen in unserem Land gewöhnt sind – die Zuhörer über seine Person und Engagement zu täuschen.

Eine weitergehende Kontrolle der Volksvertreter durch die Wähler ist auch dadurch gewährleistet, daß sie für die gesamte Dauer ihrer Amtsperiode von 4 Jahren für ihren Wahlkreis zuständig sind, in dem sie gewählt wurden. Erweisen sich die Abgeordneten der Nationalversammlung des Vertrauens des Volkes unwürdig können sie vor Beendigung ihrer Amtsperiode von ihren Wählern abgesetzt werden.

Erklärung

des Zentralkomitees des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD zu den Bundestagswahlen 1976

Seit 27 Jahren hat diese Republik von Krupp und Siemens Gnaden ein Parlament: den Bundestag. Und noch jedesmal, wenn es um die Wahl zum Bundestag gegangen ist, haben die bürgerlichen Parteien um die Arbeiterstimme geworben mit der Behauptung: Wenn wir erst dran sind, dann wird es besser für Dich!

Aber es ist nicht besser geworden für die Arbeiterklasse in dieser Zeit.

27 Jahre Bundestag haben die demokratischen Rechte nicht gefestigt und ausgebaut, sondern sie ausgehöhlt.

27 Jahre Bundestag haben das Netz der sozialen Sicherheit nicht engmaschiger geknüpft, sondern durchlöchert.

27 Jahre Bundestag haben Lohn und Arbeitsplatz nicht sicherer gemacht.

27 Jahre Bundestag haben sich, unter dem Strich, nicht ausgezahlt für uns.

Daran hat keine Stimmverteilung im Parlament etwas geändert und daran konnte auch keine Stimmverteilung etwas ändern. Denn die Entscheidung über Arbeitsplatz, Lohn und Recht fällt nicht mit der Stimme dieser oder jener Partei in Bonn. Sie fällt dort, wo die Macht in dieser Republik tatsächlich liegt: in den Chefetagen der Konzerne, bei den Vorständen der Großbanken.

Trotzdem hat die Arbeiterklasse natürlich Dinge zu ihren Gunsten verändern können. Geändert hat sich immer dann etwas, wenn der Arbeiter nicht darauf vertraut und gewartet hat, daß für sein Interesse ein "Volksvertreter" den Mund aufmacht. Sondern wenn er selber den Mund aufgemacht hat, selber seine Sache in die Hand genommen hat, Kollegen überzeugt und mit ihnen gemeinsam und organisiert gekämpft hat. Eine Abstimmung im Bundestag war nie die Ursache dafür, daß die Arbeiterklasse einen Schritt vorwärts machen konnte oder daß sie zurückgedrängt worden ist, war nie die Ursache für einen Sieg oder eine Niederlage. Der tagtägliche Kampf und nicht der Wahlkampf, unsere Einheit und nicht die Mehrheit der Bundestagsstimmen -- das war es, was sich immer für uns ausgezahlt hat.

Die Bourgeoisie will verhindern, daß die Arbeiterklasse dies begreift und danach handelt. Deshalb der ganze Wahlrummel, deshalb der ganze Betrug mit dem Parlamentarismus überhaupt. Es gibt heute Kollegen, die, enttäuscht nach vielen Jahren SPD-Wahl, sagen: wozu überhaupt noch wählen, ändern tut sich doch nichts.

Wir Kommunisten antworten: Gerade weil es so ist, daß sich unter den heutigen Bedingungen durch das Wahlkreuz nichts grundlegendes ändert, gerade deswegen muß die Arbeiterklasse den Hebel dort ansetzen, wo sie etwas ändern kann: Am Kampf gegen diejenigen, die die Macht haben, am Kampf gegen die Monopolherren.

Denn daß etwas geändert werden muß, sehen viele Kollegen: innerhalb von knapp zehn Jahren nun schon die zweite, noch tiefere Wirtschaftskrise. Ein Millionenheer ist ohne Arbeit auf die Straße gesetzt worden -- voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit heißt unsere Forderung.

Ununterbrochen schrauben die Unternehmer das Arbeitstempo hoch.

Dagegen heißt es: Runter mit dem Arbeitstempo! und: Für den 7-Stunden Tag!

Die Profite sind schon lange wieder in die Höhe geschnellt, unser Lohn dagegen wird gekürzt und gedrückt, so daß real von Jahr zu Jahr weniger rauskommt -- Ran an die Profite -- Lohnkampf auch bei Laufzeitmitte, so heißt unsere Forderung.

Ständig steigende Steuern und Sozialabgaben bei gleichzeitigem Abbau der sozialen Leistungen ergänzen den Unternehmerlohnraub und machen Geld für Investitionszulage und Rüstungsaufträge locker -- Gegen die soziale Demontage, muß unser Ziel heißen.

Ein großer Teil unserer Jugend steht ohne Arbeit und Ausbildung und ohne Hoffnung, daß sich das bessert, auf der Straße -- Ausbildung und Arbeit für alle Jugendlichen wollen wir.

Immer mehr Kapital, das durch die Arbeit unserer Hände geschaffen wurde, strömt in fremde Länder, vernichtet hier Arbeitsplätze, beutet dort billige Arbeitskräfte aus. Immer herausfordernder führt sich der deutsche Imperialismus gegenüber den Völkern Europas und der ganzen Welt und gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten auf -- Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch, stellen wir dagegen.

Die Monopolherren wissen, daß wir uns gegen ihre Angriffe wehren werden, wehren müssen , wenn wir unsere Existenz verteidigen wollen. Deswegen lassen sie, unter dem Vorwand der Anarchistenbekämpfung, Gesetze verabschieden, die schon morgen einen Streik, eine Demonstration, eine Betriebsbesetzung, ja schon die freie Meinungsäußerung demokratischer Menschen im Betrieb und im öffentlichen Dienst verbieten sollen. Daran ändert auch eine SPD-geführte Regierung nichts, die sich jetzt im Wahlkampf aufspielt als Bewahrer der Demokratie. Daran ändert sich nur etwas, wenn wir selber aktiv gegen den Abbau der demokratischen Rechte kämpfen.

Um ernsthaft zu kämpfen, braucht man Instrumente, Waffen. Dafür brauchen wir die Gewerkschaften. Wir müssen sie zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse machen, und das geht nur gegen die Illusion: Wenns dem Kapital gut geht, dann gehts auch dem Arbeiter gut, die die Führung verbreitet und die Mehrheit der Mitglieder glaubt.

Gegen Lohnabbau und Reaktion, für ein Leben ohne Krisennot, für den Sozialismus -- das steht am 3.Oktober nicht zur Wahl. Diesem Ziel schrittweise näherzukommen, das steht tagtäglich im Betrieb zur Wahl, wenn es heißt, den Kampf für die dringendsten Nöte und Sorgen zu organisieren.

Das ist heute so schwer, weil es an der entscheidenden Voraussetzung dafür fehlt, an der Kraft, die dem Unmut der Kollegen Sprache und Sprecher gibt, die die Zersplitterung der Kämpfe und die Zersplitterung der Arbeiterklasse überwindet: die Kommunistische Partei.

Gerade diejenigen, die es besonders hart ankommt, daß am 3.Oktober keine Alternative zu den bürgerlichen Parteien steht, fordern wir auf: Helft mit, den traurigen Zustand zu beenden, wo ein Sammelsurium von Parteien, Zirkeln und Sekten einen großen Teil der revolutionären Kräfte bindet und sie auch noch gegeneinander, statt gegen den Klassenfeind, ins Feld führt. Helft mit, daß die revolutionären Kräfte in SPD, in den Gewerkschaften, der DKP, den verschiedenen kommunistischen und sozialistischen Gruppen zu einem starken, richtungsweisenden Zentrum vereinigt werden! Helft mit und packt selber an beim Wiederaufbau der KPD!

Am 3.Oktober stehen keine Kommunisten zur Wahl. Es stehen damit keine Kandidaten, die sagen: wir werden den Bundestag zur Tribüne des Klassenkampfes machen, wir werden dort die Forderungen der Arbeiter nennen und damit alle anderen zwingen, Farbe zu bekennen. Davon lernt die Arbeiterklasse und das hilft dem Kampf, der wirklich zählt, dem Klassenkampf im Betrieb und auf der Straße.

Aber deshalb empfehlen wir nicht den Wahlboykott. Der Parlamentarismus ist noch lange nicht so reif für die Mottenkiste, daß ihn die Arbeiterklasse heute zur Seite schieben würde mit den Worten: Wir sind die Mehrheit, wir brauchen Eure Parlamente nicht mehr, auch nicht als Tribüne des Klassenkampfes, weil unser Kampf diese Stufe überwunden hat.

Wir empfehlen nicht DKP zu wählen. Selbstverständlich wäre es nur gut, wenn die richtigen Forderungen, die die DKP heute stellt, auch im Bundestag vertreten würden. Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen daß eine Aktionseinheit für diese richtigen Forderungen zustandekommt. Aber wir sehen heute nicht die Hunderttausende, die bei der Wahl ihre Hoffnung auf die DKP setzen würden. Und wir sehen heute vor allem nicht diejenige Kraft, die die DKP-Führung zur Zusicherung veranlassen könnte, -- ob sie in den Bundestag kommt oder nicht -- für diese Forderungen zusammen mit allen fortschrittlichen Kräften zu kämpfen. Wir sehen nicht die Kraft, die willens und fähig wäre, die Worte der DKP-Führer an ihren Taten zu messen und damit einen tatsächlichen Einfluß ausüben könnte. Diese Kraft wird entstehen. Gibt es dann noch eine DKP, die mit dem Versprechen, solche Forderungen innerhalb und außerhalb des Parlaments zu vertreten, einen ernstzunehmenden Faktor darstellt, so wird diese Kraft auch nicht zögern, auch mit dem Stimmzettel das gemeinsame Eintreten für diese Forderungen zu bekräftigen.

Stattdessen empfehlen wir jedem, der noch irgendwo ein Fünkchen Hoffnung in die SPD setzt, SPD zu wählen. Nicht weil wir diese Hoffnung für berechtigt halten. Die eigene politische Erfahrung mit dem Sozialdemokratismus, die diesen Kollegen fehlt, sammeln sie nicht, wenn die SPD auf der Oppostionsbank das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Sondern dann, wenn diese Kollegen im Kampf für die dringensten Forderungen und durch diesen Kampf auf eine SPD stoßen, die auf der Regierungsbank die Verantwortung trägt. Die Verantwortung nämlich gegenüber dem Kapital.

Wir empfehlen auch denen, die sich über die SPD völlig im Klaren sind - und gerade an sie wenden wir uns mit dieser Erklärung -- SPD zu wählen. Die sozialdemokratische Idee der Klassenversöhnung ist das, was die Mehrheit der Kollegen vom Kampf für ihre Tagesinteressen und vom Kampf für ihre Zukunft abhält. Mit dieser Idee werden wir am schnellsten fertig, wenn die Arbeiterklasse sich selber davon überzeugen kann, wozu diese Idee in der Tat -- und das heißt: an der Regierung -- führt.

Es zeigt sich, daß die eigentliche Frage (noch mehr als sowieso im Kapitalismus) heute nicht die des Wahlkreuzes ist, sondern die der Einigung und Stärkung der Fortgeschrittensten der Arbeiterklasse und des Volkes. Denn diese ist die Voraussetzung für den Kampf der Arbeiterklasse. Und dieser Kampf, und nicht die Wahl entscheidet darüber, daß sich und was sich zu unseren Gunsten ändert. Es zeigt sich , daß die eigentliche Frage die der praktischen Aktionseinheit und des Wiederaufbaus der KPD ist, derjenigen Partei, die als einzige unbeirrt für das Interesse der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes eintritt und der breiten Einheit für diese Interessen zum Durchbruch verhilft.

Zitate

"Der Radikalenerlaß ist inhaltlich erledigt", sagt die Bundesregierung. Im Ausland ist man anderer Meinung:

"Diejenigen, die Deutschlands Weg zum Nazismus miterlebt haben und was daraus entsprang an in Wahrheit grenzenlosem Unglück für Deutschland selbst und Europa, müssen selbstverständlich ein Unwohlsein verspüren, angesichts einer politischen Entwicklung, wie sie in der BRD stattfindet." (K. Fleron, Dänemark)

"Aus der Perspektive Luxemburgs . . ist es eine Frage der demokratischen Selbstverteidigung, sich diesen Entwicklungen zu widersetzen." ('Zentrum', v. 13. 12. 75)

"Man wirft uns vor, daß wir uns in die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik einmischen. Man sollte nicht vergessen, daß vor nicht garzu langer Zeit Deutschland sich mächtig in die holländischen Verhältnisse eingemischt hat. Man sollte nicht vergessen, daß wir und die Bundesrepublik Mitglieder der NATO sind und der EG . . und daß wir in punkto Deutschland, in punkto deutsche Justiz und Polizei, sehr allergisch sind. Wir haben den Hitlerismus kennengelernt und wie! Illusionen sind gefährlich, und der Schoß ist fruchtbarer, als wir dachten." (Wielek, Partij van de Arbeid, 29.5.76)

"Wieder sagen die Deutschen, wie schon nach dem Kriege, als die Nazigreuel bekannt wurden, sie hätten von alledem nichts gewußt" (schwedischer Kommentar).

"Wir haben etwas Kurzarbeit, und wirkliche Arbeitslose gibt es in der Bundesrepublik nicht." (Helmut Schmidt im Herbst 1974)

"Mit sicherer Hand hat er unser Land durch die wirtschaftliche Krise führt." (Aus dem Regierungsprogramm der SPD)

"Die SPD/FDP-Regierung hat nicht die Krise verursacht, sondern sie verhält sich so, wie eben eine Regierung des Monopolkapitals sich normalerweise eben verhält: was sie den Arbeitern durch Lohnsteuer und Arbeitslosenversicherung genommen hat, übergibt sie pflichteifrig unter dem Namen 'Investitionszulage', 'Lohnzuschüsse', 'Grenzlandhilfe' und ähnlichem den Unternehmern. Angeblich dient das dazu, daß die Unternehmer wieder 'Lust am Investieren' bekommen, und damit Arbeitsplätze gesichert werden. Aber sogar die gewiß nicht kommunistischer Gedanken verdächtige Süddeutsche Zeitung kam zu der Ansicht, 'daß der perverse Fall eintritt, daß nur die Investitionen prämiert werden, die ohnehin vorgenommen worden wären'."

(Aus einem Extrablatt der KOMMUNISTISCHEN ARBEITERZEITUNG im Januar 1975)

"Standpunkt, Ausführungen und Persönlichkeit des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß sind eine Hoffnung für die deutschen Unternehmer."
(Otto A. Friedrich, Oktober 1972

"Freiheit" à la Strauß

"Wenn wir die Regierung übernommen haben, werden wir dem deutschen Volk die Wahrheit sagen."
(Strauß-Zitat in der BILD-Zeitung)

"Ich bin die Stimme der Partei -- bringen Sie das Geld mit, dann dürfen Sie auch mitreden." (Strauß zu Kritikern innerhalb der CSU)

"Die selbständigen Mini-Staaten in Europa endlich zu Gliedstaaten einer europäischen Union zu erheben, das ist die eigentliche Gebietsreform."
(Strauß auf einem wehrpolitischen Kongreß der CSU 1975)

"Ich habe die Ehre, mich als Führer des Rechtskartells in beste Empfehlung bringen zu dürfen." (Strauß auf dem CSU-Parteitag 17. 10. 1970)

"Das Grundgesetz hat sich in einem Maß der Rechtsstaatlichkeit verschrieben, daß es die politische Bewegungsfreiheit des Staates erheblich einschränkt." (Strauß im Bayernkurier)

"Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen" (Strauß, Sonthofener Rede)

Verboten ist es inzwischen, zu behaupten, daß Strauß gesagt haben soll:

"Wer mich hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen."

"Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein, und seien sie noch so reaktionär."
(Strauß im SPIEGEL , Oktober 1970)

"Reformbremse" F.D.P.?

Den enttäuschten SPD-Wählern wird erklärt, die Reformbremse sei die FDP gewesen. Stimmt das?

Tatsache ist, daß die FDP traditionell enge Verbindungen zu Hochfinanz und Groß industrie unterhält. 1969, als nicht etwa ein Wahlsieg der SPD, sondern allein die Koalitionsentscheidung der FDP-Spitze für eine SPD-geführte Regierung sorgte, war jedem, der die FDP kannte, klar, mit wem dieser Coup abgekartet war: mit den wahren Mächtigen im Lande, den Großfinanziers.
Welches Interesse konnten Konzernbosse an einer SPD-Regierung haben? Erinnern wir uns: Die CDU hatte zusehends abgewirtschaftet und war zur häßlichen "Honoratiorenpartei" heruntergekommen, die weder mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Krise 1966/67) noch mit der zunehmenden Gegenwehr der Bevölkerung gegen die Notstandsgesetze und den Griff nach der Atombombe mehr fertigwurde. Also mußte eine Regierung her, die die zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung auffing, die aufmüpfige "außerparlamentarische Opposition" wieder einfing und die Arbeiter von weiteren "wilden " Streiks wie im September 1969 abhalten konnte – und die gleichzeitig bereit war, Macht und Besitz der Bosse nach Kräften zu mehren. Die SPD hielt, was sich die Monopolverbände von ihr versprachen. Brandt 1969: "Die Verbände wissen heute, es läßt sich auch mit einer anderen Konstellation in Deutschland arbeiten als der, an die sie sich gewöhnt hatten." Brandt 1972: "Welchem Unternehmer ist in 3 Jahren sozialdemokratischer Koalition zu nahe getreten worden? " Von insgesamt 334 Gesetzen, die unter der ersten Regierung Brandt beschlossen wurden, erhielten 320 (96 %) die Zustimmung der CDU/CSU-Opposition. Alter Wein in neuen Schläuchen also.
Und dennoch gibt es heute noch eine Menge Leute, die die Hoffnung auf einen Reformkapitalismus noch nichts aufgegeben haben, sondern die FDP für die 7 mageren Jahre verantwortlich machen. " Die SPD muß eben die absolute Mehrheit kriegen und allein regieren", sagen sie. Ist das der Ausweg? Was dürfen wir von einem Kanzler Schmidt erhoffen, der sich erst kürzlich im Bundestag mit der CDU/CSU darüber stritt, wer mit dem Unternehmerverbandsboß Friedrich enger befreundet ist, und der der Unternehmerzeitschrift Manager-Magazin anvertraute: "Ich glaube, daß eine Reihe von Bankiers mit einem gewissen Recht von sich sagen können, daß sie mein Denken im Laufe der Jahre beeinflußt haben." In ihrem Sinne "dachte" er dann z. B. zur Tarifrunde 1976 laut auf einer Unternehmertagung wörtlich: " Das Lohnniveau ist ein bißchen zu hoch."
Was dürfen wir von einer Partei erhoffen, deren Spitzenpolitiker und Bundestagsabgeordnete großteils über Aufsichtsratsposten, Beraterverträge usw. mit dem großen Kapital aufs innigste verbunden sind? Deren "linke" Abgeordnete wie Lattmann aus "Parteidisziplin"f ür den Regierungsangriff auf die Meinungsfreiheit und Streikfreiheit (§§88a, 130a), für die Kriegsrüstung, für die Waffen- und Atomgeschäfte mit faschistischen und rassistischen Regimes stimmen? In der Meinungsbildung nur von oben nach unten erlaubt und umgekehrt mit Ausschluß aus der Partei bestraft wird?

Karten auf dem Tisch

Kohl philosophiert über die Berufsverbote

Mit einem Extremistenerlaß hätte man sich Adolf Hitler vom Leibe halten können, erklärte CDU-Kanzlerkandidat Helmut Kohl. Ein aufschlußreicher Ausspruch: denn daß Kohl damit nicht gemeint hat, man müsse die Faschisten aus dem Staatsapparat fernhalten, steht außer Frage. Schließlich wendet sich der "Extremistenerlaß" fast ausschließlich gegen links. Nein, er meinte das anders: er grübelt, ob nicht Berufsverbote ein ganz guter Ersatz für eine faschistische Diktatur sind. Absicherung des Staatsapparats, eine durch und durch gegen die Arbeiter gerichtetes Beamtenheer, Lehrer, Polizisten, Gefängniswärter, Richter usw. usw., die dem deutschen Imperialismus 150%ig treu ergeben sind, sollte das nicht genügen, um dem Erstarken der Arbeiterbewegung und der ganzen demokratischen Bewegung zuvorzukommen und sie im Keim zu erstikken? Sogar die Fassade des "demokratischen Rechtsstaats" bliebe gewahrt. Das ist es, was hinter dieser Äußerung Kohls steckt. Sollten die Berufsverbote schließlich doch nicht reichen, weil die Arbeiterbewegung sich schließlich doch nicht unterkriegen läßt, dann waren die Berufsverbote zwar kein Ersatz, aber eine gute Vorbereitung für die offene Gewaltherrschaft....

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH
KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
erscheint 14tägig
Halbjahresabonnement 8.-DM
Jahresabonnement 15.-DM
In Briefmarken einsenden oder überweisen auf Postscheckkonto München 256 390 800 [Helga Sommerrock]

Herausgeber: ZK des Arbeiterbunds für den Wiederaufbau der KPD, Verantw. im S. d. Presseges.: H. Sommerrock, Druck u. ~~Vertrieb:~~ ~~Verlag~~ Freies Volk, Goldene Bärenstr. 5, 8400 Regensburg